

Der Preis erscheint morgens und nachmittags, Samstags und Montage nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10 M., ...

Die sozialpolitische Kommission der Arbeiterkammer hat am 2. u. 3. d. M. eine ausführliche ...

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Kahrregierung berätet

Die gestrige Ministersitzung

München, 5. September.

Der heutige bayerische Ministerrat, der sich mit der politischen Lage beschäftigte, war von ungewöhnlich langer Dauer. Er dauerte von vormittags 10 Uhr bis gegen 3 Uhr nachmittags. ...

Eine Regimentsfeier

Die unmögliche Zumutung

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

München, 5. September.

In Ingolstadt fand gestern der Regimentstag des 13. bayerischen Infanterieregiments statt. Aus dem Münchener Armeemuseum hatte man die Basaltkronen geholt, die von einer Ehrenkompanie der Reichswehr empfangen wurde. ...

Keine Verwirrung!

Wachsender Widerstand Bayerns

Die reaktionäre Presse macht aus ihrem Mißbehagen über die Rede des Reichskanzlers kein Hehl. Soweit sie außerhalb Bayerns erscheint, bewahrt sie dabei freilich eine Zurückhaltung, nur im Reich der Herren Kahr einige Zurückhaltung, nur im Reich der Herren Kahr einige Zurückhaltung, nur im Reich der Herren Kahr einige Zurückhaltung. ...

Roch deutlicher spricht der „Bayrische Kurier“, eines der einflussreichsten Blätter der Kahrregierung. Er verkündet, daß Bayern einem von Berlin ausgehenden Verbot der „München-Augsburger Abendzeitung“ keine Folge leisten werde. ...

Die Lage hat also eine erhebliche Verschärfung erfahren. Die Kahrregierung wird sich also schon dazu beugen müssen, den von Berlin ausgehenden Anordnungen Folge zu leisten, wenn sie nicht die schwersten innerpolitischen Gefahren heraufbeschwören will. ...

dazu schreibt, daß mit der Aufhebung des Ausnahmezustandes die jetzige bayerische Regierung ihr eigenes Todesurteil vollziehe. Gerade weil es feststeht, daß die Herrschaft der Kahr und Kohnen und ihrer Gefolgschaft nur durch ein Willkürregiment gehalten werden kann, muß dem Ausnahmezustand in Bayern jetzt ein Ende gemacht werden.

Um die öffentliche Aufmerksamkeit von den bayerischen Dingen abzulenken, bringt jetzt die reaktionäre Presse allerhand Mitteilungen über angebliche Putschabsichten der Kommunisten. Bei diesen Redungen ist aber lediglich der Wunsch der Vater des Gedankens. ...

Die Besprechungen in Nürnberg

Ueber die von uns bereits gemeldeten Konferenzen der Partei- und Gewerkschaftsführer in Nürnberg meldet W. I. B. noch:

Hier haben Besprechungen von bayerischen Gewerkschaftsvertretern stattgefunden, an denen auch der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes beteiligt war. ...

Mit derselben Frage beschäftigte sich auch eine hier tagende Konferenz der sozialistischen Führer aus allen Teilen Bayerns, an der Hermann Müller und Otto Wels vom Parteivorstand teilnahmen. ...

Die Opfer von Coburg

Coburg, 5. September.

Die Zahl der bei den Unruhen verletzten Personen wird jetzt auf zwanzig angegeben. Der Magistrat der Stadt Coburg gibt bekannt, daß das Aufgebot der Landespolizei ohne den Willen des Oberbürgermeisters erfolgte. ...

Lügen über Thüringen

Weimar, 5. September.

Das Thüringer Innenministerium teilt drahtlich mit: In Nummer 414 der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ findet sich eine Drahtmeldung aus Jena, überschrieben „Gespinnnte Lage in Thüringen“. ...

Aussprechen, was ist!

Wie in der militärischen, so sind auch in der politischen Kriegsführung Strategie und Taktik unlöslich miteinander verknüpft. Der Generalstab mag den schönsten Schlachtplan aufstellen, wenn ihm die militärischen Kräfte zu seiner Durchführung fehlen, wenn die Unterführungen ihre Aufgabe nicht begreifen, so wird der Plan nur auf dem Papier stehen bleiben. ...

Mühte sich also das gesamte Bürgertum mit Ausnahme von Großgrundbesitz und Großkapital hinter den Reichskanzler stellen, wenn er die Reaktion nicht nur durch Worte, sondern durch Taten niederwerfen will, so wird doch die Hauptmacht, auf die er sich dabei stützen kann, die Arbeiterschaft sein. ...

Noch viel schlimmer steht es allerdings links von uns aus. Die K. A. P. D. hatte vor einigen Monaten mitteilen lassen, daß sie eine halbe Million Mitglieder zähle; als sie vor ihrem Parteitag von Jena berichtete, daß sie nicht viel mehr als 300 000 Mitglieder habe, erklärte sie die Differenz dadurch, daß man aus taktischen Gründen der Arbeiterschaft nicht immer die Wahrheit sagen dürfe. ...

Es braucht nicht verschwiegen zu werden, daß die Unabhängige Sozialdemokratie durch die Spaltung im vorigen Jahre eine schwere Schädigung ihrer Organisation erlitten hat, und wenn wir seitdem auch einen Teil der damals abgeplitterten Kräfte wieder um uns sammeln konnten, so lag es doch nicht im Bereich der Möglichkeit, die Mitgliederzahl wieder zu erreichen, die unsere Partei vor der Spaltung hatte. ...

angehört haben, jetzt von keiner der drei Parteien organisatorisch erfasst werden. Sie sind weder zur K. P. D. gestoßen, noch hat sie die S. P. D. für sich gewinnen können, noch fanden sie die Rückkehr zu uns. Diese Klassen, das heißt sich jetzt mit aller Deutlichkeit heraus, sind in der Bewegung der politischen Parteien, vermehrt. Wenn manche von ihnen jetzt über das Wachstum der Reaktion erschreckt sind, so mögen sie die Schuld daran bei sich selbst suchen. Ihre Gleichgültigkeit hat erst den Boden bereiten helfen, auf dem das Unkraut der Reaktion üppig gedeihen konnte.

Das ist die bittere Wahrheit, die in dieser Stunde ausgesprochen werden muß. Welchen Weg das Proletariat jetzt gehen muß, das hat die vergangene Woche mit aller Deutlichkeit gezeigt. Die 500 000, die im Berliner Lustgarten am Mittwoch versammelt waren, die Hunderttausende, die in Hamburg, in Leipzig, in München, in Nürnberg, in Düsseldorf, überall, wo die werktätige Arbeit lebt, für die Republik und gegen die Reaktion demonstrierten, sie waren von einem Willen und von einem Gedanken erfüllt. Da sah man die Fahnen des Sozialismus und der demokratischen Republik friedlich nebeneinander; da gab es keinen Unterschied zwischen rechtssozialistischen, unabhängigen und kommunistischen Arbeitern. Und gerade das gab diesen Kundgebungen ihre eindrucksvolle Macht und ihre historische Bedeutung, daß sich der Wille des gesamten arbeitenden Volkes auf ein gemeinsames Ziel richtete.

Und nun gibt es diesen Willensausdruck zum politischen Machtfaktor reifen zu lassen. Indem wir uns über die Schwäche unserer bisherigen taktischen Situation klar werden, gewinnen wir die Stärke, die zur Durchführung unserer strategischen Pläne notwendig ist. Wenn die jetzige Bewegung der Massen nicht ein Strohhalm bleiben soll, so müssen sie auch organisatorisch von uns erfasst werden, müssen sie heute erst noch demonstrierenden zu tatkräftigen Mitgliedern unserer Organisationen werden. Die Kundgebungen der vorigen Woche haben gezeigt, daß sie zum gemeinsamen Kampf gegen die Reaktion bereit sind. Stärken wir unsere Organisationen, damit sie zum festen Rückhalt für unsere nächste Arbeit werden!

Der verantwortungslose Hezher

Auf dem deutschnationalen Parteitag hielt der Hauptling aller Steuerheuen, Helfferich, die übliche Hezrede gegen die Finanzreform. Dabei sagte er noch dem Bericht der „Völkischen Zeitung“: „Die Sozialdemokraten wollen expropriieren, um dem Auslande die Vermögen zuzuführen.“

Wenn das richtig ist, so hat der Mann damit bewußt, zum Zweck der Verhöhnung eine gemeine Verleumdung ausgesprochen. Er muß wissen, daß wir Sozialisten nicht dem Auslande, dem Ententekapitalismus dienen, sondern die deutsche Arbeiterklasse aus den Fesseln des kapitalistischen Systems befreien wollen, dessen eifrigster Verfechter Helfferich ist. Wenn wir Besitzheuern verlangen, so tun wir das, nicht um dem Auslande zu dienen, sondern einmal, um die Arbeiterschaft vor drückender Belastung zu bewahren, dann aber, um das deutsche Volk vor einem neuen Angriff zu schützen, in das unverantwortliche Katastrophepolitik, wie Helfferich, es hineinjagen möchten, um in einer neuen auswärtigen Krise ihre gefährlichen Parteizwecke fördern zu können. Es gehört schon ein ungewöhnliches Maß deutschnationaler Niedertreue dazu, durch solche Steuerheze, die die Sozialisten als Agenten des Auslandes hinstellt, die notwendige Sanierung der Finanzen verhindern zu wollen.

Besitz verpflichtet!

Die „Kölnische Zeitung“ für Erfassung der Goldwerte

Die „Kölnische Zeitung“, das führende rheinische Blatt, das dem industriellen Flügel der Deutschen Volkspartei nahesteht, beschäftigt sich in einem bemerkenswerten Artikel mit der Stellungnahme der Deutschen Volkspartei zu den Steuervorlägen. Das Blatt erklärt:

Die Zeit muß folgen. Die Partei des Besitzes muß anerkennen, daß der Besitz verpflichtet, sie muß in Gegenwartslagen zu dem Wirtschaftlichen Steuerprogramm, das sie wegen seiner Ordnungsgültigkeit verwirft, aufs Neue den Beweis erbringen, daß der Besitz bereit ist, zu opfern und zu steuern bis zu einer Grenze, die lediglich von der Notwendigkeit gezogen wird, die nationale Produktion bis zum höchstmöglichen Maße zu steigern. Es ist nicht zu bestreiten, daß auch bei der uns allen obliegenden Steuerpflicht zwischen Worten und Wirklichkeit ein Widerspruch besteht, der schon aus Gründen der öffentlichen Moral beseitigt werden muß, daß Lohn- und Gehaltsempfänger mit Recht darauf hinweisen, wie ihre Steuerpflicht einer unentrichtbaren Kontrolle unterliegt, die bei den produzierenden Ständen und den freien Berufen fehlt, daß zwischen dem verschwenderischen Aufwand vieler Kreise und der kümmerlichen Lebenshaltung anderer, besonders des verarmten Mittelstands, ein Gegensatz sich aufgetan hat, der unerträglich ist. Die Spekulations- und Spielwut, die im Volke eingebrannt ist, macht uns zum Gespött des Auslandes, und trotz der reichlich im Lande umfließenden Geldmittel fordert die Regierung vergeblich zur Ablieferung von Auslandsbörsen auf, werden sie zur Bezahlung der Kriegsschuld so dringend benötigt. Wir sind durch den Krieg arm geworden und werden unsere Schuld nicht bezahlen können, ohne unser Nationalvermögen dazu in Anspruch zu nehmen; wieweit das durch Erhaltung des Gewinns aus den Gold- und Sachwerten, die die Sozialdemokratie fordert, möglich ist, ohne diese Werte dem Zugriff des Auslandes preiszugeben, wird erstlich ins Auge zu fassen sein. Daß alle Schichten des Volkes nach dem Verhältnis ihrer Kraft an der Last, die auf uns liegt, in gleichem Maße zu tragen haben, ist selbstverständlich; zu warnen aber wäre vor einem Verfahren, das etwa den Verzicht der Arbeiterschaft auf verfassungsmäßige Zugewinne wie den Arbeitslöhntag in die Rechnung einbringen möchte.“

Diese Stellungnahme weist erheblich von der ab, die bisher die Großindustrie und deren Wortführer im Reichstage eingenommen haben. Noch kürzlich hat der volksparteiliche Führer in Steuerfragen, der frühere hessische Finanzminister Dr. Becker, in einer Frankfurter Versammlung schroffste Ablehnung der Erfassung der Goldwerte gefordert. Demgegenüber ist der Standpunkt der „Kölnischen Zeitung“, die Forderung nach Erfassung der Goldwerte erstlich zu prüfen, schon ein Fortschritt, der Beachtung verdient. Trotzdem darf nicht verkannt werden, daß die Stellungnahme dieses Blattes durchaus noch nicht identisch ist mit der Stellungnahme der Partei. Deron Absicht aber scheint vor allen Dingen von der Zukunft diktiert zu sein, durch eine grundsätzliche Ablehnung der Forderung nach Erfassung der Goldwerte unter Umständen den entgegengesetzten Zweck zu erreichen. Während der Führer der Deutschen Volkspartei,

Dr. Stresemann, vor einiger Zeit noch jede Belastung des Besitzes ablehnte und Ausbringung der Mittel durch Verbrauchsbesteuerung verlangte, hat er vor einigen Tagen in Magdeburg erklärt:

„Eine abschließliche Verweigerung der Mitarbeit in diesen Fragen würde nur dazu führen, die in der heutigen Regierung vertretenen bürgerlichen Parteien in eine hilflose Abhängigkeit vom Linksradikalismus zu treiben. Die Deutsche Volkspartei werde daher unbeschadet ihrer Oppositionsstellung bei der Lösung dieser Frage mitarbeiten.“

Der Zweck der Mitarbeit also ist der Wunsch nach Stärkung des Einflusses der bürgerlichen Kreise in der gegenwärtigen Regierung, d. h. also die Stärkung jener Elemente, die sich einer wirklichen Beschleunigung ablehnend verhalten, nicht aber die Bereitschaft zur Leistung dessen, wozu der Besitz imstande und bei der Notlage des Reiches verpflichtet ist.

Offiziersehre

Die Hege der Deutschnationalen gegen den Abgeordneten Erzberger, die zu der Nordrat von Griesbach führte, gipfelte vor allem in der Behauptung, Erzberger habe sich zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes gedrängt, durch die Unterzeichnung das Heer wehrlos gemacht und Deutschland der Willkür seiner Feinde ausgeliefert. Diese Behauptung widerspricht allen geschichtlichen Tatsachen. Jetzt ist durch den Zentrumsabgeordneten Pfeiffer, der am Sonntag in der großen Zentrumsversammlung nach dem Reichstanzler Wirth sprach, auch noch festgestellt worden, daß die Oberste Heeresleitung im November 1918 nicht nur froh war, daß sich Erzberger zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes bereit erklärte, sondern es wurde ihm durch den Generalfeldmarschall Hindenburg sogar noch ein offizieller Dank gesagt für die Erledigung seiner gewiß nicht leichten Aufgabe im Walde von Compiegne. In den Presseberichten heißt es:

Pfeiffer erzählte u. a. zum erstenmal in der Öffentlichkeit, daß Generalfeldmarschall v. Hindenburg nach Abschließung des Waffenstillstandes am 30. Dezember 1918 in Pfeiffers Gegenwart und in Anwesenheit des Generals Gröner dem Abgeordneten Erzberger ausdrücklich noch einmal für die Dienste gedankt habe, die jener dem deutschen Vaterlande durch Abschließung des Waffenstillstandes geleistet habe. Erzberger wollte diese Aufgabe nicht annehmen und auch er, Pfeiffer, habe ihn dringlichst vor der Fahrt in den Wald von Compiegne gewarnt.“

General Hindenburg ist ein alter Mann. Wir wissen nicht, wie es mit seinen geistigen Kräften bestellt ist, können aber nicht annehmen, daß sie so schwach geworden sind, daß ihm die unwarhen und unehrenhaften Behauptungen der Deutschnationalen gegen den Abgeordneten Erzberger entgangen sind. Es erhebt sich daher die Frage, wieso es General Feldmarschall Hindenburg länger als zwei Jahre schweigen anzuheoren vermochte, daß von deutschnationaler und militärischer Seite über die Ursachen, die zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes führten, die größten Lügen verbreitet werden konnten. Herr Hindenburg mag politisch denken wie er will, niemand wird es ihm verargen, wenn er seiner Erziehung zufolge Anhänger der Monarchie ist. Über Hindenburg legt doch sicherlich Wert darauf, trotz alledem ein anständiger Mensch zu sein, und wir müssen deshalb fragen, wieso ihn bisher wenigstens nicht diese Anstandslosigkeit zwang, der verlogenen Hege gegen Erzberger entgegenzutreten.

Herr Hindenburg wird im übrigen auch auf dem Standpunkt stehen, daß das Offizierkorps eine besondere Ehre habe. Verpflichtet etwa diese Offiziersehre, von der wir nie recht wußten, was damit gemeint sei, dazu, die Wahrheit zu verschweigen und andersdenkende Menschen in den Kot zu ziehen? Von Ludendorff ist ja schließlich nicht zu erwarten, daß er ein offenes Bekenntnis ablegt. Er hat sich, nachdem er das deutsche Heer in die vollendete Niederlage geführt und eine Regierung gefunden hatte, die bereit war, den Konkurs zu erklären, der durch sein Verschulden hervorgerufen wurde, der Verantwortung durch die Flucht entzogen. Von ihm ist also ein Bekenntnis der Wahrheit nicht zu erwarten. Aber genau so, wie Admiral Scheer den Rat fand, den deutschnationalen Lügen über den Waffenstillstand entgegenzutreten, genau so müßten sich doch auch noch andere deutsche Offiziere finden, die sich von der Gesellschaft verstoßener Lügner lossagen. Wie schon gesagt, das allereinfachste Anstandsgesetz, das doch schließlich jeder Mensch haben sollte, müßte dazu verpflichten. Oder ist etwa die „Offiziersehre“ ein Hindernis, offen auszusprechen, was wahr ist? Ist sie ein Freibrief für offensündliche Verleumdungen, schlägt sie in sich den Zwang ein, unter allen Umständen zu lügen, sobald die Ehre eines Mannes auf dem Spiele steht, der zufällig keine Ahnfelstüde trägt?

Achtet die Reichswehr!

Eine Kundgebung der Reichsregierung

Der Reichspräsident hat eine Kundgebung für die Wehrmacht des Reiches erlassen, die bedauerlich, daß in verschiedenen Fällen Angehörige der Wehrmacht in den Straßen ohne jeden Grund angegriffen, beleidigt und sogar mißhandelt worden sind. Die Reichsregierung sei entschlossen, diesem Zustand ein Ende zu machen. Durch Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Verfassung und auf besondere Befehle des Reichswehrministers sei für die Zukunft jeder Mißbrauch der Uniform verhindert. Die Regierung müsse daher von allen Kreisen des Volkes und allen Parteien verlangen, sie in ihrem Bestreben, der Wehrmacht des Reiches die gebotene Achtung und Geltung zu sichern, zu unterstützen.

Ausstellungen gegen einzelne Angehörige der Reichswehr finden genig nicht den Beifall von anständigen Menschen. Wenn sie sich trotzdem ereignen, so nur, weil die Reichswehr bisher der Part aller reaktionären Elemente ist und dadurch den Haß der republikanischen Elemente hervorgerufen hat. Achtung kann die Reichsregierung der Reichswehr bei den großen Massen des werktätigen Volkes nur verschaffen, wenn sie sie rüchrichtlos von jenen reaktionären Elementen säubert, die sie in Verruf gebracht haben.

Ein Symptom

Der preußische Minister des Innern hat am 15. Juli 1921 eine Zirkularverfügung an die Regierungspräsidenten und den Polizeipräsidenten ergehen lassen, in der es sich um die Vernehmung auszuweisender oder heimzuschaffender Ausländer nach ihrem Heimatstaate handelt. Die „Welt am Montag“ bringt das Zirkular wörtlich zum Ausdruck. In diesem dienstlichen Schriftstück des republikanischen Ministers Dominicus finden sich folgende Sätze:

„Das Formular soll durch die Regierung zu Machen, die auch die Kosten auf ihren Etat zu übernehmen hat, für den Bereich der ganzen Monarchie beschafft werden.“ Und an einer anderen Stelle: „Nebenhandlung haben die Untertage eine Forderung zu erhalten, in der sie — nur mit den erwähnten Unterlagen versehen — an die kaiserlichen Vertreter im Auslande weitergeleitet werden können.“

Unterzeichnet ist das Zirkular von Herrn v. Riling (in Auftrage des Ministers des Innern) und von Herrn Goedeck (im Auftrage des Finanzministers). An der Tat sind also zwei Ministerien der Republik Preußen beteiligt. Ist das nun nur ein Zeichen dafür, daß den verantwortlichen Beamten die hergebrachten dienstlichen Wendungen so im Blute sitzen, daß sie ihnen von selbst aus der Feder fließen, oder ist diese seltsame Erscheinung dadurch zu erklären, daß die Herren die Wiederkehr der Monarchie in so kurzer Zeit erwarten, daß sie etwas zu ihrer Vorbereitung zu tun wünschen? In jedem Falle ist es ein Zeichen des Geistes, der unter den Beamten herrscht, und das beweist von neuem, wie notwendig hier ein gründliches Reinemachen ist.

Die Tagung des Reichswirtschaftsrats

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat tritt am 12. September zu einer Plenartagung zusammen. Da dem Plenum außerordentlich reichhaltiges Material vorliegt, werden sich die Sitzungen über den Zeitraum einer Woche erstrecken. In erster Stelle stehen die Beratungen über die neuen Steuergesetze, die von dem Reparationsausfluß und seinen Arbeitsausfällen Zeit bearbeitet werden. Zu den Entwürfen eines Gesetzes über die Änderung des Körperschafts- und des Kohlensteuergesetzes, dem Entwurf eines Kennwertgesetzes und der Erhöhung einer Reihe einzelner Verbrauchsteuern hat der Reparationsausfluß bereits Stellung genommen. Die weiteren Entwürfe neuer Steuergesetze werden dem Reparationsausfluß in seinen Sitzungen am 9. und 10. September vorliegen. Das Plenum wird außerdem mit dem Schlichtungsordnungsgezet, dem Arbeitsnachweisgesetz und dem Entwurf eines Gesetzes betreffend die Lohnstatistik zu befassen haben, weiterhin mit der Regelung der Arbeitszeit im Stein- und Tschoblenbergbau. Auf der Tagesordnung steht die Wahl des zweiten stellvertretenden Vorsitzenden und eine größere Anzahl von Anträgen. Wie verfaßt wird Minister Rathenau dem Reichswirtschaftsrat über die Wiesbadener Verhandlungen berichten.

Das Steigen der Lebenshaltungskosten

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten, die vom Statistischen Reichsamte monatlich auf Grund von Erhebungen über die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung festgesetzt wird, ist vom Juli zum August um 2 Punkte von 983 auf 1045 gestiegen. Die Erhöhung beträgt gegenüber dem Vormonat 8,5 v. H. gegenüber dem Monat Januar dieses Jahres 10,7 v. H. Im Vergleich zu dem seit Beginn dieses Jahres im April erreichten tiefsten Punkte (880) haben sich bis zum Berichtsmonat die durch die Teuerungszuschläge ersparten lebensnotwendigen Ausgaben um 18 v. H. erhöht. Die Brotpreissteigerung, die in der Mitte des Monats August eintrat, kommt in der Indexziffer erst zur Hälfte zum Ausdruck. Zu der Steigerung der Lebenshaltungskosten haben Preissteigerungen für eine große Reihe von Lebensmitteln, neben Brot besonders für Fett, Schweinefleisch, Hüllenschnitte, Rohwurst, Eier und Fisch, beigetragen. Lediglich Kartoffeln und Gemüse haben etwas im Preise nachgelassen. Die Bewegung war, wie im Vormonat, innerhalb des Reiches, ziemlich einheitlich.

In Wirklichkeit ist die Steigerung der Lebenshaltungskosten noch wesentlich höher als sie die amtliche Statistik nachweist. Denn sie ist, wie wir wiederholt nachgewiesen haben, unvollständig.

Die Wohnungszwangswirtschaft

Eine Kundgebung der Mietererschaft

U. Dresden, 5. September.

Anlässlich des in Dresden stattfindenden 15. Bundestages der Bundes deutscher Mietervereine versammelte sich am Sonnabend die organisierte Mietererschaft Groß-Dresdens mit den Gästen von auswärts im Zirkus Sarraloni. Nach kurzer Ansprache wurde folgende Entschließung angenommen: Die am 3. September 1921 im Zirkus Sarraloni in Dresden zu Tausenden versammelten Dresdner Mieter und die zum 16. deutschen Mieterkongress verordneten Vertreter der deutschen Mietervereine fordern von der Reichsregierung und vom Reichstag unbedingte Aufrechterhaltung der Wohnungszwangswirtschaft und vollständigen Ausbau des Mieterschutzgesetzes. Ein Mieterschutzgesetz oder ein Mieterschutzgesetz, welches den Abbau der Zwangswirtschaft einleitet, wird von der Mietererschaft aufs schärfste bekämpft werden. Die Mieter fordern energische Förderung aller Maßnahmen, welche die Gemeinwirtschaft im Wohnungswesen zum Ziele haben. Die Not des Volkes fordert Unterbindung jeder Spekulationswirtschaft im Wohnungswesen. Die organisierte Mietererschaft warnt die Regierung und die Volksvertreter eindringlich vor einem Nachgeben gegenüber einer kleinen, aber kapitalstarken und einflussreichen Interessentengruppe. Wird diese Warnung nicht beachtet und der bedrängten Mietererschaft damit die Hoffnung auf eine Geltung unseres Wohnungswesens genommen, so lehnt die organisierte Mietererschaft die Verantwortung für die Folgen ab.

Eisenbahnunglück bei Zerslohn

Witna, 5. September.

Das Eisenbahn-Betriebsamt gibt bekannt: Am 4. September um 2 Uhr 15 Minuten nachmittags fuhr auf dem Bahnhof Zerslohn der Personenzug 188 von Schwerte nach Zerslohn dem Personenzug 1317 von Witma nach Zerslohn in die Nähe. Hier Personen wurden getötet, eine Person schwer und 20 leicht verletzt. Von den vier Getöteten sind bisher festgestellt: Karl Kreuzer aus Reinerz bei Hennen, August Böding, Widerfeld bei Hörde, Wilhelm Donner aus Vedingen bei Zerslohn. Die Personenzüge sind beschädigt. Der Betrieb wurde nach kurzer Unterbrechung um 8 Uhr abends wieder im vollen Umfange aufgenommen. Die Untersuchung der Schuldfrage ist eingeleitet.

Die kommunistische Zeitung Rote Fahne des Ostens ist verboten worden.

Streik der Hanauer Edelmetallarbeiter. Da die Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu keinem Resultat führten, haben die Gold- und Silberarbeiter in Hanau mit großer Majorität die Arbeitsüberlegung beschlossen.

Nähegang der Arbeitslosen in Elsaß. Im Vergleich zu der vorigen Woche ist die Zahl der Arbeitslosen in Elsaß wieder um 66 708 gesunken.

Wie Wilhelm Hohenzollern desertierte

Die Gattin des ehemaligen englischen Gesandten im Haag, Lady Susanne Tomley, veröffentlicht in der "Postischen Zeitung" nachstehend in einem englischen Blatte Erinnerungen über die Ankunft des Kaisers auf holländischem Boden. Ein paar Tage nach dem historischen Ereignis ließ sie sich alle Einzelheiten von dem holländischen Soldaten erzählen, der das Tor zu bewachen hatte, durch das Wilhelm II. seinen Einzug in Holland hielt.

Ihrer Schilderung nach hatte der Grenzwächter am 10. November 1918 um 1/7 Uhr morgens Dienst, als ein Auto in schneller Fahrt an der belgischen Seite vorfuhr und am Tor hielt. Ein deutscher Offizier sprang ab und wendete sich an den Soldaten mit der Aufforderung, den Wagen passieren zu lassen. Dies ist unmöglich, sagte der Soldat. Aber ich verlange die Durchfahrt, beharrte der Offizier. Der deutsche Kaiser ist hier und man muß ihm gestatten, seine Reise nach Holland fortzusetzen. Als der Soldat an der unwahrscheinlichen Behauptung zweifelte, daß der deutsche Kaiser nach Holland wolle, und von neuem erklärte, er dürfe keinen deutschen Offizier durch das Tor lassen, stieg noch ein zweiter Offizier aus dem Wagen und kam heran. Ich wünsche sofort zu passieren, sagte er. Sie kennen mich nicht. Ich bin der deutsche Kaiser. Bei diesen Worten richtete sich der Grenzbeamte auf und sah, daß tatsächlich der Kaiser vor ihm stand. Trotzdem beharrte er auf seinem Standpunkt und erklärte, er dürfe keine Pflicht nicht verletzen. Er erwiderte: Ich sehe, Sie sind der Kaiser, aber meine Order lautet, niemand die Durchfahrt zu erlauben. Der Kaiser: Wer hat Ihnen diesen Befehl gegeben? — Mein Hauptmann. — Wo ist er? — Dort drüben in der Wachtstube, sagte der Soldat und zeigte auf ein weißes Häuschen in einiger Entfernung. Er schläft jetzt. — Rufen Sie ihn und sagen Sie ihm, daß der deutsche Kaiser hier ist und die Grenze zu passieren wünscht. — Jawohl, ich rufe ihn, aber erst muß ich das Tor schließen, sagte der sanftmütige Holländer.

Er ging zu seinem Hauptmann und erklärte ihm, daß der deutsche Kaiser ihn zu sprechen wünsche, der noch immer auf der belgischen Seite wartete. Der Hauptmann wiederholte, was der Soldat gesagt hatte, nämlich, daß er dem Kaiser ohne ausdrücklichen Befehl nicht erlauben könne, holländisches Gebiet zu betreten. Aber er fügte hinzu, daß er sich telephonisch nach dem Haag um Instruktionen wenden wolle. Das wird einige Zeit dauern, sagte der Kaiser. Ich kann nicht am Wege stehen bleiben, bringen Sie mich an einen anderen Ort, wo ich warten kann. Der Hauptmann war in Verlegenheit, was er in einer so unvorhergesehenen Lage tun sollte. Er überlegte einen Augenblick und sagte dann, er wolle den Vorsteher der kleinen Bahnstation auf der holländischen Seite bitten, den Kaiser auf dem Bahnsteig warten zu lassen, wenn denn hier das Ehrenwort gegeben werde, wieder über die Grenze zurückzuführen, falls er dazu aufgefordert würde. Der Kaiser gab die gewünschte Versicherung und ging sofort auf das Tor zu in der Erwartung, jetzt zur holländischen Freizügigkeit überlassen zu werden. Aber das Tor blieb geschlossen. Währenddessen ging der Hauptmann zum Stationsvorsteher und fragte ihn, ob er die Verantwortung für die Anwesenheit des Kaisers auf seiner Station übernehmen wolle. Beide kamen zum Kaiser zurück, das Tor wurde geöffnet und der kaiserliche Flüchtling betrat holländischen Boden, wo er seinen Degen abgab. Auf dem Bahnsteig wartete der Kaiser sechs Stunden, während der Hauptmann nach dem Haag telephonierte, daß der Kaiser sich in Holland befinde und auf holländischem Gebiet vor seinem eigenen Volke Sicherheit zu suchen wünsche.

Wir sehen, der Desertation Wilhelm Hohenzollerns wurden zwar einige Schwierigkeiten bereitet, im ganzen lief aber die Flucht recht glimpflich ab, der Hohenzoller hatte auf der Flucht keinerlei Strapazen zu erdulden. Dem armen Teufel von Soldaten, der in seiner Verzweiflung aus dem Dreck und Schmutz des Schützengrabens herauswollte, wurde kein Offizier als Beobachter beigegeben. Ihn begleiteten höchstens, sofern keine Flucht-Beobachter bekannt wurden, ein paar Posten mit geladenem Gewehr ins Suchthaus, gelang aber dem einen oder anderen die Flucht aus dem Schützengraben, dann ließ er Gefahr, hinter der Front oder an der Grenze erschossen zu werden.

Scharfmachereien gegen die sächsische Regierung

Der Volksparteier Dr. Philipp ersucht die Reichsregierung, gegen die sächsische Regierung scharf zu machen, weil diese während des Landarbeiterstreiks im Leipziger Bezirk die Technische Rothhilfe nicht zu Streikbrecherarbeiten kommandiert hat. Sächsische Regierungsstellen hätten das Einsetzen der Technischen Rothhilfe verweigert, und dann weitere Kapitalverbrechen begangen, die Herr Philipp mit folgenden Worten an das schwarze Brett schlägt:

Als die Technische Rothhilfe schließlich eingesetzt wurde, bestimmten die sächsischen Regierungsstellen, daß die Rothhilfe sich nur auf Rüstungsarbeiten zur Versorgung des Heeres und zum Einbringen bereits gehauenen Getreides zu betätigen habe, dagegen das Mähen des Getreides nicht als Rüstungsarbeit zu gelten habe. Außerdem wurde verlangt, daß die Rothhilfe getrennt von den anderen Arbeitern ihre Tätigkeit verrichten sollen.

Es ist doch gut, daß es in Leipzig einen völksparteilichen Abgeordneten Dr. Philipp gibt, sonst wären doch diese schrecklichen und wenig kapitalfreundlichen Maßnahmen der sächsischen Regierung ungerochen geblieben.

Dunkle Börsenmanöver

Berlin, 5. September.

Nach einer Londoner Meldung berichtete die "Daily Mail", im deutschen Reichsfinanzministerium werde gegenwärtig eine Denkschrift ausgearbeitet, die beweisen soll, daß Deutschland keine weiteren Reparationszahlungen mehr leisten könne. Diese Meldung, die bedauerlicherweise auch in deutschen Zeitungen Aufnahme gefunden hat, entbehrt jeder Begründung. Sie ist geeignet, Deutschland aufs schwerste zu schädigen und hat vermutlich die Bestimmung, irgendwelchen dunklen Börsenmanövern zu dienen.

Danziger Klassenjustiz

Danzig, 5. September.

Der Straßenrat des Oberlandesgerichts hat sich in seiner Sitzung vom 3. 9. mit der Strafsache gegen die Abgeordneten Koch und Schmidt wegen der Vorgänge im Volkstage am 4. August beschäftigt. Er hat die Ansicht des Senats bestätigt und die Rechtsfrage, ob bei dem Beschuldigten der dringende Verdacht eines Verbrechens gegen § 105 des Strafgesetzbuches besteht, bejahend beantwortet.

§ 105 des Strafgesetzbuches bestimmt, daß der Versuch, eine gesetzgebende Versammlung auseinanderzuprennen, zur Festsetzung oder Unterlassung von Beschlüssen zu nötigen oder Mitglieder aus ihnen gewaltsam zu entfernen, mit Zuchthaus oder Festungshaft nicht unter 5 Jahren bestraft wird. Dieser hat völlige Einmütigkeit darüber geherrscht, daß diese Be-

stimmung gesetzgebenden Körperschaften einen Schutz vor Bedrohungen von außen her gewähren soll. Niemals, selbst in schärfsten Reaktionszeiten nicht, ist aber diese Bestimmung gegen eine Opposition aus der Mitte der Versammlung heraus anzuwenden versucht worden, wie es jetzt in Danzig geschieht.

Volks-Versammlungen

heute, Dienstag, den 6. September, abends 7 Uhr in folgenden Lokalen:

- D. Andreas-Kessale, Andreasstr. 21, Viehhofstraße, Ede-naer Straße.
- SD. Gewerkschaftshaus, Engelfufer 15 (Großer Saal), Graumanns Festhale, Baumstr. 27.
- S. Aliens Festhale, Hasenheide (Großer Saal).
- W. Rationalhof, Bülowstr. 37.
- SB. Kammerhale, Teltower, Ecke Belle-Alliance-Str.
- SW. Moabitler Gesellschaftshaus, Wicksstr.
- N. Büttners Festhale, Schwedter Str. 23-24, Germania-Festhale, Graefstr. 110, Schulaula, Gleimstr., Schulaula, Greifenhagener Str. 20, Schulaula, Grünthaler Straße 5.
- AD. Spsium, Greifswalder Straße.
- Friedrichsplatz, Prinzenallee 30, Ecke Wilhelmstr.
- Stralau, Lokal Schoner, Rynakstr. 20-21.
- Mariendorf, Aula des Gymnasiums, Kaiserstr.
- Lichterfelde, Hennings Festhale, am Bahnhof Ost.
- Pankow, Konzerthaus Lindber, Breite Str. 34.
- Cyrenia, Stadttheater, Wilhelmstr.
- Charlottenburg, Türkisches Zelt, Berliner Str. 54.
- Siegling, Gymnasium, Heelestr.
- Weihensee-Hohenschönhausen, Aula Realgymnasium, Wölkpromenade.
- Tegel, Strandhale.
- Schöneberg-Friedenau, Hohenzollernschule, Belgier-, Ecke Eisenacher Straße.
- Oberhänowenweide, Schulaula, Frischenstr.
- Treptow, Brauns Gesellschaftshaus, Am Bahnhof Treptow.
- Alt-Glienide, Lokal Vohn, Grünauer Straße.
- Lichtenberg, Aula Parkhaus, In der Röllendorfstr.
- Neukölln, Aliens Festhale, Hasenheide.

Tagesordnung:

Die Teuerung und die neuen Reichsteuern

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Männer u. Frauen!

Da in diesen Versammlungen neben der Teuerung und den neuen Reichsteuern auch die politische Lage erörtert werden wird, erziehen wir, für den Besuch der Versammlungen rege Propaganda zu machen.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg / U.S.P.D.

Gröfnung

der Völkerbundsversammlung

Genf, 5. September.

Die Schweizer Tagung der Völkerbundsversammlung wurde heute vormittag im Genfer Reformationsaal vom Vorsitzenden des Völkerbundes Wellington Koo (China) eröffnet. Als den wichtigsten Punkt der diesjährigen Tagung bezeichnete der Präsident die Abrüstungsfrage. Er fügte hinzu, daß sie nicht schnell gelöst werden könne. Wellington Koo sprach schloß mit der Versicherung, daß der im gegenwärtigen Uebereinkommen begründete Völkerbund in keinem Sinne ein Staat über den Staaten sei, aber wohl eine Vereinigung der Nationen, die dazu bestimmt ist, die schrecklichen Kriegsatastrophen zu vermeiden, auf praktische Weise die Führung der internationalen Geschäfte zu erleichtern, einen Zustand allgemeinen Wohlstandes der Menschheit zu entwickeln. Bei der Wahl des Präsidenten der Völkerbundsversammlung im zweiten Wahlgang wurde van Karnebeck (Holland) mit 22 Stimmen gewählt, während da Cunha 15 Stimmen und Motta (Schweiz) eine Stimme erhielt. Abgegeben waren 38 Stimmen, davon eine weiße. Das Ergebnis wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt, woran sich die französische Delegation nicht beteiligte.

Der neugewählte Präsident der zweiten Völkerbundsversammlung van Karnebeck (Holland) führte aus, daß die vorige Völkerbundsversammlung die Grundlage zum Völkerbundswerke gelegt habe und diese Versammlung jetzt an die eigentliche Arbeit herantrete. Die Wahl des Vizepräsidenten wurde nach längerer Debatte auf Grund eines Antrages Branting (Schweden) vertagt, weil im vorigen Jahre erst die Kommissionspräsidenten gewählt wurden und dann aus ihren Reihen der Vizepräsident aus der Vollversammlung. Die Sitzung schloß darauf um 1/6 Uhr.

Die Interventionsfurcht in Moskau

DE. Terjofski, 3. September.

In Moskauer politischen Kreisen wird die letzte Rede Trotskij im Moskauer Sowjet lebhaft erörtert, die sich mit dem neuerlichen von Frankreich inspirierten Versuch der Entente befaßt, eine Intervention von Seiten Rumänien in die Wege zu leiten. Den Besorgungen Trotskij wird ernsthafte Bedeutung beigelegt, und man spricht von einer Zusammenziehung für die Intervention bestimmter rumänischer Truppen unter Beteiligung von Abteilungen Petljuras. Eine etwaige neue Intervention würde, nach Ansicht der führenden Kreise, in Anbetracht der Hungerkatastrophe besonders schwere Folgen für das russische Volk zeitigen. Die Regierung gibt sich der Illusion hin, daß es ihr gelingen werde, den neuen Versuch eines bewaffneten Angriffs niederzuschlagen.

Die amerikanische Hilfsadministration zur Auflösung des autonomen Hilfskomitees

DE. Riga, 3. September.

Der Rigaer Vertreter der amerikanischen Hilfsadministration erklärte Professoriertoren, daß die Amerikaner keinerlei Beziehungen zu dem autonomen Moskauer Hilfskomitee unterhielten und daher keinen Anlaß hätten, auf die Auflösung des Komitees durch Einstellung der amerikanischen Hilfeleistung zu reagieren. Die

amerikanische Hilfsadministration werde aber in verschiedenen Städten Rußlands Verteilungskommissionen unter Beteiligung russischer Intellektueller gründen; dieses Recht sei durch den Rigaer amerikanischen Vertrag gesichert. Die amerikanische Hilfsadministration werde für die Unantastbarkeit der Verteilungskommissionen einzustehen wissen.

Rußlands Aufträge in Deutschland

Eine Unterredung mit Prof. Lomonossow

O.E. Berlin, 5. September.

Der eben in Berlin eingetroffene Prof. Lomonossow, der Chef der russischen Eisenbahnkommission im Auslande, teilte dem Vertreter des Ost-Expres mit, das russische Eisenbahnwesen leide an Mangel von Heizmaterialien, Lokomotiven und Lebensmitteln für die Arbeiter und Angestellten. Obwohl die Zahl der vorhandenen Lokomotiven den Anforderungen des Transportes nicht genüge, mühten doch zur Zeit gegen 1000 betriebfähige Lokomotiven zu sein, da keine Heizmittel für sie vorhanden seien. Daher bringt auch die Hoover-Organisation eigene Kohlen zur Beförderung ihrer Lebensmitteltransporte mit. Prof. Lomonossow äußerte die Ueberzeugung, daß zum Oktober die Heizmittelkrise überwunden sein dürfte. Der Neubaue und die Reparatur von Lokomotiven werde in Sowjetrußland dadurch beeinträchtigt, daß etwa 70 Prozent der qualifizierten Arbeiter aus den Betrieben in die Verwaltungsorgane, aus dem Land und in die Rote Armee abgewandert seien; für den Nachschub sollen nun spezielle Arbeiterturte sorgen. Die Eisenbahnkommission hat 700 Lokomotiven in Deutschland und 1000 in Schweden bestellt; zur Zeit sind aus Hamburg die ersten neun deutschen Lokomotiven und aus Stockholm drei schwedische Lokomotiven nach Petersburg abgegangen. Bis zum 1. Januar 1922 müssen im ganzen 850 Stück von Deutschland geliefert werden. Die Bestellungen in Deutschland haben einen Wert von 6 Milliarden Mark, die bar ausgezahlt werden sollen. An den Bestellungen sind sämtliche deutschen Lokomotivfabriken, ferner die Firmen Krupp, Otto Woff (Köln), Westfälische Werke in Bochum, Mannesmann und andere beteiligt. Ein Bedarf an deutschen Ingenieurs besteht zur Zeit in Rußland nicht. — Zur Konzeptionsfrage erklärte Lomonossow, daß weder der Transport noch Kraftwerke konzeptioniert werden sollen; dagegen würden in erweitertem Umfang Konzeptionen auf anderen Gebieten geplant. Der Petersburger Hafen arbeitet gut, was das auch die deutsche Kommission, die im August Petersburg besuchte, feststellen konnte. An der Spitze des Hafens steht derselbe Kapitän (früher Fürst) Schtschewitsch, der vor der Revolution diesen Posten bekleidete.

61 Verschwörer in Petersburg erschossen

O.E. Terjofski, 5. September. (Drachbericht.)

Die Petersburger "Pravda" bringt einen dem Petersburger Sowjet vorgelegten Bericht über die Petersburger Verschwörung. Danach sollen über 200 Personen an der Verschwörung teilgenommen haben. In Finnland hätten Zweigstellen der Pariser Verschwörungszentrale bestanden, deren Leitung Prof. Drimm und Prof. Kowitzi in Helsinki in Händen gehabt hätten, die mit General Wrangel in Verbindung standen haben sollen. 50 Prozent der Verschwörer seien Sowjetangestellte gewesen, ferner Professoren, Studenten und einige Kommunisten. 61 Teilnehmer der Verschwörung sind erschossen worden, darunter Prof. Laganzow und seine Frau, Nikit Ustomski, Fürst Tumanow, der bekannte Staatsrechtslehrer Prof. Solarewski, Prof. Lichwinzi, der Geologe Kollowski, der Diakon Gumilew. Der Petersburger Sowjet fordert in einem Beschluß strenge Maßnahmen zur Abschneidung aller Verbindungen, im gegenwärtigen schwierigen Augenblick einen neuen Bürgerkrieg herauszufechten zu wollen. Die Petersburger "Pravda" und "Krasnaja Gaseta" suchen das aufgelöste autonome Uralische Hilfskomitee mit der Petersburger Verschwörung in Zusammenhang zu bringen. Die Moskauer "Pravda" beschuldigt das Komitee, nach der Festnahme der Regierungsgewalt gestrebt zu haben.

Britischer Gewerkschaftsfongress

Neue Methoden notwendig

London, 5. September.

Der Gewerkschaftsfongress wurde in Cardiff eröffnet. 830 Delegierte, die über 6000 000 Mitglieder vertreten, nahmen an der Sitzung teil. Der diesjährige Vorsitzende Boulton erklärte in seiner Eröffnungsrede bezüglich des Vorschlags, einen Generalrat der Gewerkschaften zu errichten, die bisherige Methode sei vollkommen unzulänglich. Neue Methoden müßten eingeführt werden, damit die Gewerkschaftsbewegung sich endlich mit den industriellen Lebensfragen befassen könne. Boulton erklärte sich gegen die Revolution durch Gewalt und sagte, die große Mehrheit der Arbeiter sei für eine friedliche Entwicklung. Zur Arbeitslosenfrage erklärte der Vorsitzende, die bestehende Arbeitslosigkeit verurteilt schon allein die gegenwärtigen Zustände. Die Staatsmänner, Politiker, Bankiers und Unternehmer dürften versichert sein, daß die augenblicklichen Zustände des Handels, der Wirtschaft und der Gesellschaft beseitigt werden und daß andere, die auf Gerechtigkeit begründet seien, an ihre Stelle treten müßten. Die Arbeiterpartei müsse die vorherrschende Partei des Staates werden. Zur Frage der Internationale erklärte Boulton, die Notwendigkeit, zu einer Verständigung mit den Arbeitern der anderen Nationen zu gelangen, sei größer als je. Die barbarische und wahnsinnige Methode der Regelung von Streitigkeiten durch Kriege müsse verschwinden.

Die Verhaftungen in London

London, 4. September. (Reuters.)

Das Oberste Gericht hat der Polizei beschlissen, 36 Mitglieder des Municipalrates von Poplar (Arbeiterviertel Londons) zu verhaften. Uchzehn sind schon verhaftet worden, darunter Lansburg, der Herausgeber der Arbeiterzeitung "Daily Herald". Fünf weibliche Municipalmitglieder sollen morgen verhaftet werden. Das Oberste Gericht hat die Festnahme verfügt, weil diese Municipalmitglieder sich geweigert haben, gewisse lokale Steuern einzuziehen, unter dem Vorwand, die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung hätte die örtlichen Steuerzahler von Poplar erschöpft. Die Verhaftungen wurden in vollkommener Ordnung durchgeführt. Große Scharen Arbeitsloser begrüßten die Verhafteten, als sie von der Polizei fortgeführt wurden.

Wie die E.-K.-Korrespondenz aus London meldet, fanden am gestrigen Sonntag verschiedene Volksversammlungen im Stadtteil Poplar unter freiem Himmel statt. Zahlreiche Redner forderten von den Streikträgern des Bezirks, passive Resistenz anzuwenden, solange die Stadträte im Gegensatz seien. Der Notizinsprei wurde für eine wirksame Waffe erklärt, die viel wirksamer sein würde als lärmende Kundgebungen.

Grosser Herbst Verkauf

Damen-Wäsche

Hemd mit schöner Stickerei gestärkt... 24⁵⁰
 Beinkleid
 Knieform, mit Stickereinsatz... 23⁵⁰
 Nachthemd
 halstief, mit Stickerei, auch im Rücken... 47⁵⁰
 Prinzessrock
 vorzügl. Stiz, sehr reich mit Stickerei ausgestattet... 65⁰⁰

Korsette

Korsette aus Dreifachstoff, weiss u. farbig,
 mit dreier Schliessle, 1 Paar Gummihalter... 39⁵⁰
 Korsette aus Dreifachstoff, farbig, Zweifach-
 form, mit Stickereigarnierung, 1 Paar Halter... 50⁰⁰
 Backfisch-Korsette... 27⁵⁰
 Rejorm-Korsett weiss, vorzügl. Stiz,
 mit herausnehmbaren Slangen... 42⁵⁰

Spitzen-Garnitur
 elegante, aus vorzüglichem
 Makostoff, Hemd und Bein-
 kleid, geschlossene Form... 95⁰⁰

Morgenröcke

Flausch-Morgenrock
 Geisheform, mit einreihiger Blende... 95⁰⁰
 Trikot-Morgenrock
 mit einreihiger Blende u. Aermelausschlag... 165⁰⁰
 Flausch-Morgenrock
 laQualität, jede Form mit Krimmergarnitur... 265⁰⁰
 Flausch-Morgenjackette
 mit türkischer Blendengarnitur... 69⁵⁰

Taschenlucher

Taschenlucher
 Linon, weiss, mit Kordelkante... Stück 3⁵⁰ 3⁹⁵
 Taschenlucher
 Linon, weiss, mit Kordelkante... Stück 4⁷⁵ 5²⁵
 Taschenlucher
 Linon, weiss, mit bunter Kante... Stück 4⁷⁵ 5²⁵
 Taschenlucher
 für Kinder... Stück 1³⁵

Leinen

Küchen-Handlucher
 grau Dreifach, gestummt und gebündelt... Stück 12⁷⁵
 Stuben-Handlucher
 weiss Dreifach, gestummt und gebündelt... Stück 14⁷⁵
 Stuben-Handlucher
 weiss Gerlenkorn, gestummt u. gebündelt, Stück 16⁵⁰
 Wischluch Halbleinen... Stück 9⁰⁰

Schürzen

Tändelschürze
 glatt Battil, mit Stickerei... 11⁵⁰
 Wiener Form
 blau weiss Indigo... 22⁵⁰
 Wiener Form
 aus gebildeten Leinen bis hin höchst garniert... 39⁵⁰
 Weisse Wiener Form
 mit Latz, glatt Battil, reiche Stickerei... 29⁵⁰

Baumwollstoffe

Hemdendarchent
 ein abig, ca. 80 cm breit... Meter 8⁵⁰
 Kleider-Velours
 in schönen Mustern... Meter 12⁵⁰
 Blusenarchent
 gestreift... Meter 13⁵⁰
 Kleiderstoffe doppelbreit... Meter 18⁵⁰

Polierlucher

gelb, weiches Gewebe... Stück 1⁹⁵

Edt Silber
 925/000
 Edite
 Markasiten,
 echt Emaille
 36⁵⁰

HERMANN TIETZ

Dem Genossen Otto Döring
 die herzlichsten Glückwünsche
 zu seinem 50. Geburtstage.

Der Vorstand der
 Verlagsgenossenschaft „Freiheit“
 e. G. m. b. H.

Unserem Vorsitzenden, Genossen

Otto Döring

zu seinem heutigen 50. Geburtstage
 die herzlichsten Glückwünsche.

Der Aufsichtsrat
 der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H.

Herzlichste Glückwünsche
 unserem Genossen Otto Döring
 zu seinem 50. Geburtstage

Aufsichtsrat und Geschäftsführung
 der Berliner Druckerei G. m. b. H.

Zum 50. Geburtstage
 den herzlichsten Glückwunsch
 dem Genossen Otto Döring

Das Personal der
 Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H.

Das
Milliarden-Souper
 wird morgen, Mittwoch, im Berliner Theater
 zum 150. Male serviert.

Thalia-Theater
 Die Operette
Schäm' Dich - Lottel
 von der ganz Berlin sprechen wird.
 EDUARD LICHTENSTEIN u. G.
 ELSE MÖLLER, DORA HRACH, ALTA HILLER, FRITZ BECKMANN, ROLF BRUNNER, MAX YOBSEN

Von der Reise zurück
Dr. A. Hahn
 Chirurg und Frauenarzt
 Schöneberg, Hauptstr. 64

Zurück
Dr. Richard Fabian
 Arzt für innere Krankheiten
 Hohenzollerndamm 190

Theater und Vergnügungen

Volkstheater
 7 1/2 Uhr: Das Volk
 Die Komödie der Jungen
 Neues Volkstheater
 Käpplerstr. 68
 7 1/2 Uhr: Lokalbahn

Staatstheater
 Opernhaus
 7 1/2 Uhr: Cavalleria rusticana
 Bajazzo
 Schauspielhaus
 7 1/2 Uhr: Niesca
 Direktor: Max Reinhardt

Deutsches Theater
 7 1/2 Uhr: Valsch u. Perlmutter

Kammerspiele
 7 1/2 Uhr: Frühlings Erwachen

Großes Schauspielhaus
 Karlsruher
 8 Uhr: Die Weber
 (13. Abstellung, 4. Abend)

Theater i. d. Königgräber Str.:
 Täglich 7.30 Uhr

Satans Maske
 Mit dem Jener spielen
 Maria Orska, Riemann, Bildt

Komödienhaus:
 Mittwoch zum 1. Male:
Jonny's
Busenfreund
 Schönd in 3 Akten mit
 Max Ballenberg,
 Hans Wähmann
Berliner Theater:
 Täglich 7.30 Uhr

Das Milliarden Souper
 Komische Oper
 7 1/2 Uhr: Die 714 Uhr
Strohwitwe
 Operette von Leo Blech

METROPO
 Behrenstraße 54.
 11 Uhr:
11 Schlager

Circus Taraselli
 Bahnhof Friedrichstr.
 Täglich 8 Uhr
Vorstellung
Saal frei!
 Solider Preis
 Gegenüber Bönh. Land-
 burger Allee. Ankunfts bei
 Kaspar, Hochstr. 31 IV.

LUNA-PARK
Heute Volkstag
 Eintritt 2.- / Kinder 1.-
Groß-Konzert
**Höhen- u. Wasser-
 Feuerwerk**
 John Hagenbeck's
 Reubler- und Sudanesenschau

Agitationsbeamter
 für das Rheinische Industriegebiet zu sofort gesucht.
 Bewerbungen bis zum 15. September an das Zentral-
 komitee der Knab. Gg. Partei, Berlin C 2, Breite Str. 66

Achtung! Achtung!
Filmindustrie
Große öffentliche Versammlung
 sämtlicher Arbeitnehmer der Filmindustrie, heute,
 Dienstag, nachmittags 5 Uhr, im „Alten
 Aaskanier“, Anhaltstr. 11
 Tagesordnung:
 1. Ergebnis der Verhandlung mit den Unternehmern.
 2. Beschlussfassung über die zu ergreifenden Maßnahmen.
 Alle Arbeitnehmer der Film-
 industrie müssen erscheinen!
Zentralverband der Angestellten
Zentralverband der Film- und
Kinoangehörigen
 Im Auftrag: P. Bardeleben.

Arbeiter- Stenographen- Verein
 Stolze-Gärten 21, Groß-Berlin, Begründet 1909.
Neue Anfänger-Kurse beginnen:
 Donnerstag, 1. Sept. 1921, abends 7 1/2 Uhr.
 Freitag, 2. Sept. abends 7 1/2 Uhr.
 Montag, 5. Sept. abends 7 1/2-8 Uhr.
 Dienstag, 6. Sept. abends 7 1/2-8 Uhr.

Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins!
 Jede Woche am gleichen Tage Unterricht. Jede der fünf
 Monate September. Das Unterrichtswort beginnt im Berlin am
 18. September 1921. Über 15 Jahre 18 Uhr, einschließlich der
 Schmitt und in am ersten Abend zu zahlen.
 Schriftliche Anfragen beantwortet (Nachmittags besichtig)
 Alexander Urban, Schöneberg, Eisenacher Str. 64.

Graphisches Gewerbe
 Dienstag, den 6. Septbr., abends 5 1/2 Uhr
 in der Schulaula des Sophien-Realgymnasiums
 Steinstraße:
 Berichterstattung vom Gewerkschaftskongress
 und die Lage in Sowjet-Russland.

Da die zum 31. August einberufenen Versammlungen
 infolge der Demonstration verlegt werden mussten,
 wird diesmal um recht zahlreiches Erscheinen ersucht.

Deutscher Metallarbeiter-Verein
 Verwaltungsjahre Berlin N. 54, Pflanzstr. 23-25
 Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
 Telefon: Ruf-Nr. 185, 1230, 1967, 9714.

Am Donnerstag, den 4. September 1921, nachm. 8 Uhr
Versammlung
 aller Betriebsräte der Gruppe 19 u. 20
 in der Schulaula, Köpenicker Platz 12.
 Tagesordnung:
 1. Die wirtschaftliche Lage unserer Gruppe.
 2. Bericht von der Betriebsräte-Generalversammlung.
 (Siehe Nr. 14 der Wochenbeilage der Metallarbeiter-Zeitung)

